Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Kompreßzeile 36 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nicht an den breispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 27 803, Postscheck Dresden 28 515. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 259. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 M. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Otto Sadel, Dresden; Ausland: Alfred Neubrich, Berlin; übriger Teil: Erich Baumann, Dresden; Inserate: Fritz Fischer, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17259. Postscheck Dresden 13600

9. Jahrgang | Dresden, Montag den 2. Januar 1933 | Nummer 1

Die Neujahrsbotschaft Schleichers:

Aufrüstung und Militarisierung der Jugend!

„Abrüstungs"-Phrasen sollen den Kurs zur Aufrüstung verschleiern. Hoffnungsgeklingel auf Wirtschaftsbesserung. Hindenburg für Einbeziehung der Nazis in die Regierung. Ein neues Bekenntnis der SPD zur Schleicher-Diktatur. Nur der Massenkampf aller Arbeiter beseitigt Hunger und Not, Faschismus und Kriegsgefahr!

Dresden, 2. Januar.

Am Sonntag fanden die üblichen Neujahrsempfänge bei Hindenburg statt. Erst erschienen die Vertreter der ausländischen Staaten, auf deren Glückwunsch Hindenburg betonte, er hoffe, daß es im neuen Jahre endlich gelingen möge, **„eine entscheidende Wendung der Dinge herbeizuführen"**. Wir kennen die Art, wie die Vertreter der Bourgeoisie eine „Wende" herbeizuführen suchen — **durch neue unerhörte Ausplünderung und Knebelung der werktätigen Massen.**

Herr von Schleicher erklärte in seiner Rede an Hindenburg, daß mit der Befreiung Deutschlands von den Reparationen **„der Weg zur Erholung der deutschen und der Weltwirtschaft gewiesen"** sei. Damit versucht man, dem Volke, dessen Hunger und Not tagtäglich wächst und ins Ungemessene steigt, neue Hoffnungen auf einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu machen.

Der „soziale" General fordert erneut Aufrüstung und Militarisierung der Jugend

Das wichtigste an der Neujahrsrede des Diktaturgenerals waren ohne Zweifel die unverhüllten Forderungen auf verstärkte Aufrüstung und auf die Militarisierung der deutschen Arbeiterjugend. Schleicher erklärte:

„Wir kehren auf die Konferenz (Abrüstungskonferenz) zurück, um ... uns die gleiche Sicherheit zu verschaffen, die jedes andere Land genießt. Wenn es hierbei gelingt, der deutschen Jugend im Rahmen der Miliz das Recht zu wehrhaftem Staatsdienst wiederzugeben, so wird zugleich ein großer Schritt zum Ausgleich der inneren Gegensätze und zur Herstellung des Friedens in unserem Vaterlande getan sein."

Aus diesen ziemlich offenen Erklärungen geht deutlich hervor, welchen Sinn und Zweck die verstärkte Aufrüstung und die Militarisierung der Arbeiterjugend haben: „den inneren Frieden in unserem Vaterlande wieder herzustellen". **Der „innere Frieden" aber ist dauernd gefährdet durch die unerträgliche Not, die auf der Arbeiterklasse lastet und die durch die Schleicher-Diktatur immer weiter verschärft wird. Aufrechterhaltung des „inneren Friedens" aber heißt im Munde der Schleicher und Co. nichts anderes als**

verstärkte Verfolgung der Kommunistischen Partei,

die die einzige Kraft ist, welche den Massen den Ausweg des außerparlamentarischen Kampfes aus Hunger und Not zeigt.

In der gleichen Linie liegen auch die Ausführungen Hindenburgs in seiner Antwortrede an Schleicher, in der er von der

Fernhaltung aller Störungen des politischen Lebens

spricht. **Deshalb muß die Arbeiterschaft heute schärfer denn je ihre Partei verteidigen, denn daß solche Erklärungen keine leeren Worte sind, das zeigen die bereits durchgeführten Terrormaßnahmen gegen die Kommunistische Partei.**

Außer den Forderungen auf Militarisierung und Aufrüstung enthielt die Ansprache Schleichers die üblichen sozialen Phrasen, deren Wert allein schon durch die **Margarine-Notverordnung** genügend gekennzeichnet ist.

In seiner Antwort an Schleicher bekannte sich Hindenburg ausdrücklich zu der **„entschlossenen und wertvollen Arbeit Papens, dessen Werk von der Schleicherregierung im kommenden Jahre fortgeführt und vollendet werden" müßte.**

Angebot an die Nazis zum Eintritt in das Schleicher-Kabinett

Hindenburg fordert ferner die „Zusammenfassung aller staatsbewußten und vaterlandsliebenden Deutschen" und die Einbeziehung derjenigen in die Regierung, die jetzt noch „abwehrend und abseits stehen". Das ist eine erneute und offene Anbiederung an Hitler zum Eintritt in das Schleicherkabinett.

Neue schamlose Tolerierungserklärung der SPD für die Schleicher-Diktatur

Während sich der Nazipräsident Göring und der 2. Vizepräsident Esser um die übliche Begrüßung Hindenburgs durch das Reichstagspräsidium herumdrückten, marschierte

Löbe in Treue fest zu Hindenburg

Er war das einzige Mitglied des Reichstagspräsidiums, das Hindenburg seine untertänigsten Glückwünsche zu Füßen legte. Daß das nicht von ungefähr und ein Zeichen der Tolerierungsbereitschaft der SPD ist, kommt auch in der Silvesternummer der Dresdner Volkszeitung zum Ausdruck. Nachdem in den Neujahrsbetrachtungen über das Verschwinden der Demokratie gejammert wird, heißt es weiter:

„Und doch und trotz alledem hat der demokratische Gedanke noch vor Jahresschluß einen deutlichen Erfolg errungen. Papen stürzte über eine Wahlniederlage, mußte abtreten, weil er die demokratischen Kräfte unterschätzte. Schleicher war gezwungen, die Paperei zu revidieren, weil mit Bajonetten und 46 Deutschnationalen allein nicht zu regieren ist."

Den Diktaturgeneral, der ohne Zweifel mit seinem Kabinett eine Festigung der faschistischen Diktatur in Deutschland darstellt, wagt die Volkszeitung als einen Sieg der Demokratie anzupreisen. Mit vollen Segeln sind die Führer des Sozialfaschismus in den Armen der faschistischen Schleicherdiktatur gelandet. **Diese neue Erklärung der SPD-Presse muß die sozialdemokratischen Arbeiter veranlassen, Schluß zu machen mit ihren sozialfaschistischen Führern, die die festesten Stützen der Schleicherdiktatur sind.**

Es gibt nur eine Kraft, die den Kampf gegen faschistische Diktatur und drohenden Krieg, gegen die notverordnete Ausplünderung der Arbeiterklasse, gegen Hunger und Frost führt, die Kommunistische Partei! Unter ihrem Banner müssen auch die sozialdemokratischen Arbeiter kämpfen. Sie müssen sich einreihen in die kämpfende rote Einheitsfront aller Ausgebeuteten.

Diese vereinte riesige Kraft des deutschen Proletariats wird den Ausweg aus der morsch verfaulenden Kapitalsdiktatur finden und den Kampf um den Sozialismus, den einzigen Ausweg für das Proletariat, siegreich zu Ende führen!

Gegen Faschismus und Sozialfaschismus!

Erklärung der BL Sachsen der KPD

zur Frage der Präsidiumswahl in Gemeindeparlamenten

In den Präsidiumswahlen in den neugewählten Kommunalparlamenten erklärt die KPD:

Die Kommunisten werden, wo sie dazu in der Lage sind, verhindern, daß das Präsidium der Gemeindeparlamente in den sächsischen Arbeiterstädten und Arbeiterwohnsitzgemeinden von offenen Faschisten besetzt wird.

Sie werden gleichzeitig alles tun, um

betrügerische Manöver der Sozialdemokratie

zur Verschleierung ihres praktischen Zusammengehens mit der Bourgeoisie und der Kommunalbürokratie in allen entscheidenden Fragen der Kommunalpolitik zu zerschlagen und zu verhindern.

Die kommunistischen Fraktionen werden deshalb in den Gemeindeparlamenten mit einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit unter bestimmten Voraussetzungen, wenn in der Stichwahl die Entscheidung zwischen einem offenen Faschisten und einem Kandidaten der SPD steht, für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen.

Für den ersten Wahlgang bei der Wahl jedes einzelnen Mitgliedes des Präsidiums werden die Kommunisten ihre eigenen Kandidaten aufstellen und für sie stimmen und ihre Entscheidung zur Verhinderung der Wahl eines offenen Faschisten in der Stichwahl treffen.

Ueber das Vorliegen der Voraussetzungen entscheidet in jedem Falle die Bezirksleitung der KPD

Ohne ausdrücklichen Beschluß der Bezirksleitung und ohne Abgabe einer politischen Erklärung, die der Bezirksleitung vorgelegen haben muß, darf keine kommunistische Fraktion ihre Stimme einem anderen als ihrem eigenen Kandidaten geben.

Diese Entscheidung gilt nur für Gemeindeparlamente mit einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit, in denen in der Stichwahl zwischen einem offenen Faschisten und einem Sozialdemokraten zu entscheiden ist.

In allen Gemeindeparlamenten, in denen eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit nicht besteht, und in allen Gemeindeparlamenten, in denen nach dem ersten Wahlgang der Kandidat der kommunistischen Fraktion in die Stichwahl kommt, also auch in solchen Gemeindeparlamenten mit einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit, wo die kommunistische Fraktion stärker ist als die sozialdemokratische Fraktion, stimmen die Kommunisten bei der Wahl aller Mitglieder des Präsidiums und in jedem Wahlgang für ihre eigenen Kandidaten.

Irgendwelche Vereinbarungen mit der SPD oder anderen politischen Gruppen über eine eventuell einzureichende gemeinsame Vorschlagsliste für das Präsidium oder irgendwelche Verhandlung mit der SPD oder anderen politischen Gruppen zwecks gemeinsamer Beratung und Festlegung des taktischen Vorgehens sind unzulässig.

Durch diese Entscheidung in der Frage der Präsidiumswahl bleiben alle übrigen Fragen der taktischen Entscheidung der kommunistischen Fraktionen in den Kommunalparlamenten unberührt.

Durch diese Entscheidung ändert sich nichts an der Stellung der KPD zur SPD, insbesondere, was deren Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie betrifft.

Es ändert sich vor allem nichts an dem unerbittlichen, prinzipiellen Kampf der KPD gegen die SPD und ihre Politik, insbesondere in den Kommunalparlamenten. Jede Blockpolitik mit der SPD in den Gemeinden lehnt die KPD auf das schärfste ab und wird auch jedes darauf hinzielende Manöver der SPD zerschlagen.

An die breiten Massen der Arbeiterschaft und des werktätigen Volkes, insbesondere an die sozialdemokratischen Arbeiter, richtet die KPD den Appell, den Kampf der Kommunisten in den Gemeindeparlamenten für ihre Forderungen zu unterstützen und die

Einheitsfront aller Ausgebeuteten unter Führung der KPD

zu schaffen zur Durchführung des außerparlamentarischen Kampfes, zum Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit, um den Sozialismus!

Bezirksleitung Sachsen der KPD.

Erwerbslosendemonstration und Verhaftungen in Lengefeld i. Erzg.

Am Freitag zog ein starker Demonstrationszug Erwerbsloser vor das Rathaus in Lengefeld i. E., um dort Winterhilfeforderungen zu stellen. Die Demonstranten wurden von Polizei und Gendarmerie mit Gummiknüppeln empfangen. Dennoch war der Massendruck so stark, daß der Bürgermeister sich gezwungen sah, eine Delegation vorzulassen. Er erklärte bei der Unterredung, daß er nicht imstande sei, Hilfe zu gewähren und verwies die Erwerbslosen an die Amtshauptmannschaft in Marienberg. Als sich die Delegation auf den Weg zur Amtshauptmannschaft begeben hatte, wurden mitten auf dem Wege vier Mann verhaftet. Als es zu weiteren Demonstrationen kam, wurden erneut Verhaftungen vorgenommen. Unter der Bevölkerung herrscht darüber große Empörung.

Massenentlassungen verhindert

Wie wir vor einigen Tagen meldeten, sollten im Siemens-Werner-Werk 600 Arbeiter entlassen werden.

Infolge der Ankündigung unseres Zentralorgans, der Roten Fahne, über diese Entlassungen im Werner-Werk geriet die Belegschaft in größte Erregung, so daß die Direktion sich genötigt sah, die Entlassungen zurückzunehmen. Die roten Betriebsräte hatten sofortige Abwehrmaßnahmen ergriffen.